

RAG-Tochter setzt weiter auf grünen Saar-Strom

Steag-Regionalchef: Kohlekraftwerke bleiben unverzichtbar

In Firmen, die im Bereich der Energiewende tätig sind, gibt es häufig keine Tarifbindung, Betriebsräte sind unbekannt. Das sagte der zuständige IG BCE-Ressortleiter Ralf Bartels auf einer Tagung.

Von SZ-Redakteur
Lothar Warscheid

Kirkel. Die RAG Montan Immobilien Saar (RMI), eine Tochter des Bergbaukonzerns RAG, hält trotz Bürgerprotesten und strenger Vorgaben des novellierten Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG 2014) an ihren Windpark-Plänen fest und will auch weiter in Sonnenstrom-Projekte (Photovoltaik) investieren. Das betonte RMI-Prokurist Rudolf Krumm anlässlich einer Veranstaltung der Gewerkschaft Bergbau, Energie, Chemie (IG BCE) und der Betriebsgruppe der RAG Saar in Kirkel. 32 Windräder sollen an sechs Standorten gebaut werden, 15 davon allein in Lebach. Sie sollen eine Leistung von 77 Megawatt (MW) haben. 170 Millionen Euro sollen an Investitionen fließen. Geplant ist, dass die Windräder im Jahr 2016 die Stromproduktion aufnehmen.

Bei der Photovoltaik (PV) will Krumm im Saarland noch bis zu drei Freiflächen-Projek-

te umsetzen und Sonnenkollektoren auf ehemalige Bergbau-Areale stellen. Hier wurden inzwischen sieben Vorhaben verwirklicht. Chancen sieht er weiterhin in der Eigenvermarktung von PV-Strom, indem Firmen Solarmodule auf die Fabrikdächer setzen und den Strom selbst verbrauchen. Auch wenn auf einen Teil dieses Stroms künftig EEG-Umlage fällig ist, „bleiben diese Vorhaben dennoch lohnend“, sagt Krumm. Interessant könnten auch PV-Felder in Frankreich sein. In Lothringen gebe es für 1500 Hektar ehemaliger Bergbau-Fläche noch keine Folge-Nutzung.

Auf der andere Seite wird es im Energieland Saar auch in Zukunft nicht ohne Kohlekraftwerke gehen. Davon zeigte sich Christian Neu, Chef der Steag Power Saar (SPS), überzeugt. Diese Kraftwerke seien verlässlich „und liefern auch dann Strom, wenn es windstill ist und die Sonne nicht scheint“.

Die von der EU geplante Verteuerung der Zertifikate für den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) werde zudem nicht erreichen, dass Braun- und Steinkohle-Kraftwerke von Gasturbinen abgelöst würden. „Dieses Vorhaben macht den Strom nur teurer“, so Neu. Im größeren Maßstab könne CO₂ nur eingespart werden, „indem alte durch neue Kohlekraftwerke ersetzt werden“.

Ralf Bartels, IG BCE-Ressortleiter Bergbau und Energie, warnte davor, dass mit der Energiewende gute durch schlecht bezahlte Beschäftigung ersetzt wird. Die Energiekonzerne Eon und RWE hätten seit 2010 rund 15 500 hochwertige Arbeitsplätze abbauen müssen. Bei den erneuerbaren Energien würden häufig Jobs entstehen, die mit einfachen Tätigkeiten verbunden seien und schlecht bezahlt würden. In vielen Firmen gebe es keine Tarifbindung, Betriebsräte seien unbekannt.

HINTERGRUND

Trotz des Rückgangs der Ökostrom-Umlage im nächsten Jahr müssen viele Verbraucher unter dem Strich auch 2015 mit höheren Strompreisen rechnen. Grund sind zum Teil deutlich steigende Netznutzungsgebühren, die für Betrieb und Ausbau der Stromnetze fällig werden. Das sagte ein Sprecher des Preisvergleichsportals Verivox. *dpa*